

**Finanzunwirksame Anträge zum Haushalt 2012**

Stand: 14. Februar 2012

## Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Seite 12 der Zusammenstellung

Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft  
Produkt 1.25.2511.07

### **Angemessene Ehrung für Minna Faßhauer**

„Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zu erstellen, wie Minna Faßhauer zukünftig angemessen geehrt werden kann. Dieses Konzept ist dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

### **Begründung:**

Die 1875 geborene Minna Faßhauer wurde 1918 von der Braunschweiger Räteregierung zur Volkskommissarin für Volksbildung und Volkswohlfahrt gewählt. Damit war sie die erste Frau in Deutschland im Amt einer Ministerin. In ihrer Amtszeit wurden u.a. die Gesetze zur Trennung von Staat und Kirche und der Abschaffung von geschlechtsspezifischen Schulen auf den Weg gebracht. In Braunschweig erinnert nur sehr wenig an diese Frau. Dies soll sich ändern.

Die Beratung des Antrages soll im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft erfolgen.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW vom 20.01.2012	<b>Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.</b>				
FPA vom 14.02.2012	<b>Der Antrag wurde zurückgezogen!</b>				

## Antrag der BIBS-Fraktion auf Seite 13 der Zusammenstellung

FB 61

Produkt 1.56.5610.06

### **Erfassung der Habitat-Qualität von Straßen- und Parkbäumen**

„Das bereits existierende Kataster für Stadt- und Parkbäume wird um die Erfassung der Habitat-Qualität für seltene / gefährdete Tierarten erweitert. Das Kataster wird auf den Webseiten der Stadt veröffentlicht.“

#### **Begründung:**

Bisher werden Straßen- und Parkbäume nur auf sicherheitsrelevante Aspekte hin untersucht. Das Kataster soll erweitert werden, um die Habitat der Bäume im Hinblick auf ihre Eignung als Lebensräume für z.B. Fledermäuse, Bilche, Vögel und Holzinsekten zu erfassen (Erfassung von Baumhöhlen).

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 18.01.2012	<b>Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.</b>				
FPA vom 14.02.2012	4	7	0		<b>X</b>

## Antrag der BIBS-Fraktion auf Seite 14 der Zusammenstellung

FB 61

Produkt 1.56.5610.15

### **Regenerative Energien in Braunschweig stärken**

„Die im Klimaschutzkonzept für die Stadt Braunschweig genannten Maßnahmen zur Steigerung regenerativer Energien (Kurzfassung des Klimaschutzkonzepts S. 25f) sollen nach Einstellung des Klimaschutzmanagers von diesem auf ihre sofortige Umsetzbarkeit im Sinne der im Rat am 14.12.2010 beschlossenen prioritär zu bearbeitenden Maßnahmen (Ds. 13947/10) überprüft werden. Es sollen möglichst viele Maßnahmen, die regenerative Energien in Braunschweig stärken, schnellstmöglich umgesetzt werden.“

### **Begründung:**

Bei der Einführung des Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Braunschweig am 14.12.2010 wurde beschlossen, dass von über 100 Maßnahmen, die im Rahmen des gesamten Konzeptes erarbeitet und umgesetzt werden sollen, nur 19 in den nächsten vier Jahren umgesetzt werden. Dabei enthalten ist nur eine Maßnahme zur Förderung regenerativer Energien (von 16 Maßnahmen, die insgesamt im Konzept enthalten sind und irgendwann später umgesetzt werden sollen). Das ist zu wenig, um das gesteckte Ziel, bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 % gegenüber 1990 zu senken.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 18.01.2012	7	0	4	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	7	0	4	<b>X</b>	

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 108 neu der Zusammenstellung

FB 20  
Ref. 0500  
Produkt 4E.210089

### **Vorlage über Nutzung des Gebäudes des ehemaligen Nordbahnhofes als „Haus der Kulturen“**

„Die Verwaltung wird aufgefordert, in den Rat über seine Ausschüsse bis zur Haushaltslesung eine Beschlussvorlage für die Nutzung des Gebäudes des ehemaligen Nordbahnhofes als „Haus der Kulturen“ einzubringen. Diese Vorlage soll die für einen sinnvollen Betrieb notwendigen Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen beschreiben und deren Kosten sowie die Höhe eines angemessenen Betriebskostenzuschusses beziffern. Die Vorlage soll darüber hinaus Vorschläge zur Deckung der Ausgaben beinhalten.“

#### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
Afl vom 18.01.2012	11	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	<b>Der Antrag wurde zurückgezogen!</b>				

#### Anmerkung der Verwaltung:

Auf die diesbezügliche Mitteilung zum Haushalt, Drucksache Nr. 12220/12, wird hingewiesen.

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 109 neu der Zusammenstellung

Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft  
Produkt 1.25.2521.04

### **Sperrvermerk für die Mittelverwendung im Zusammenhang mit der geplanten Veranstaltung zur hundertjährigen Hochzeitsfeier von Viktoria Luise**

„Die Mittel für das Projekt 1.25.2524.01, die in Zusammenhang mit der Planung der Feierlichkeiten der hundertjährigen Hochzeitsfeier von Viktoria Luise stehen, werden mit einem Sperrvermerk versehen. Dieser Sperrvermerk kann ggf. nach den Beratungen im Ausschuss für Kulturen und Wissenschaft und im Verwaltungsausschuss wieder aufgelöst werden.“

### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfKW vom 20.01.2012	7	4	0	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	7	4	0	<b>X</b>	

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite . neu der Zusammenstellung

Ref. 0500  
Produkt 1.31.3119.40

### **Weiterführung des Interkulturellen Gartens**

„Die Verwaltung wird gebeten, Möglichkeiten zu suchen, um den interkulturellen Garten weiterzuführen. Über das Ergebnis der Bemühungen ist dem Finanz- und Personalausschuss vor den abschließenden Beratungen zum Haushalt 2012 zu berichten.“

### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
Afl vom 18.01.2012	11	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	<b>Der Antrag wurde zurückgezogen!</b>				

### Stellungnahme der Verwaltung:

Der Betrieb des Interkulturellen Gartens, der darauf abzielt, die gesundheitliche und gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen in das Umfeld zu fördern, bedarf einer fachkompetenten Koordination mit Kompetenzen im Bereich Gesundheitsbildung, Kenntnissen in der sozialen Vernetzung, integrativen/interkulturellen Maßnahmen sowie organisatorischer Fähigkeiten. Die dafür erforderlichen Honorarkosten können durch andere Träger nicht geleistet werden (z.B. Landesverband der Kleingärtner e.V.).

Die für den Betrieb des Interkulturellen Gartens notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 12.000 € stehen im Teilhaushalt des Referates 0500 nicht zur Verfügung. Der Antrag könnte somit nur finanzwirksam umgesetzt werden.

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 111 neu der Zusammenstellung

Ref. 0500  
Produkt 1.31.3119.40

### **Prävention von Kinder- und Familienarmut**

„Die Stadt Braunschweig richtet gemäß den Handlungsempfehlungen des Beirates des Präventionsnetzwerkes gegen Kinder- und Familienarmut eine zentrale kommunale Koordinations- und Präventionsstelle ein. Es wird eine internetbasierte Informationsdatenbank zu allen Unterstützungs- und Beratungsangeboten erstellt.“

### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

### Ausschussempfehlung:

Die Verwaltung möge die Kosten zum nächsten Finanz- und Personalausschuss ermitteln.

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
Afl vom 18.01.2012	11	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	<b>Der Antrag wurde zurückgezogen!</b>				

### Anmerkung der Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung ist die Umsetzung des Antrages sowohl stellenplanrelevant als auch notwendiger Weise mit zusätzlichen Finanzmitteln verbunden.

Die in den Handlungsempfehlungen des Beirates des Präventionsnetzwerkes gegen Kinder- und Familienarmut als notwendig erachtete Einrichtung einer kommunalen Koordinationsstelle kann nicht aus vorhandenem Personal geschehen. Hier ist eine zusätzliche Stelle (Bewertung in etwa Sozialarbeiter / Sozialpädagoge oder vergleichbar) unabdingbar.

Die beantragte Einrichtung der internetbasierten Informationsdatenbank wurde in denselben Handlungsempfehlungen vorgeschlagen. Vergleichbare Intentionen der Braunschweiger Bürgerstiftung würden nach ersten Schätzungen allein für die Einrichtung der Datenbank Kosten im mittleren fünfstelligen Eurobereich erfordern. Damit wären weder schon die entsprechenden Daten erhoben noch eine dauerhafte Pflege des Datenbestands gewährleistet.

Der Antrag wird als finanzwirksamer Antrag in der der Liste des Ergebnishaushaltes - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte aufgenommen.

Hinsichtlich der im Afl erfragten möglichen Kosten wird auf die in der Anlage 1 zur Haushaltsvorlage enthaltene Antwort der Verwaltung hingewiesen.

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 112 neu der Zusammenstellung

FB 50

Produkt 1.31.31xx

### **Einführung des Neuen Braunschweig-Passes**

„Die Verwaltung wird gebeten, die Koordinierung der Ausstellung eines neuen Braunschweig Passes für die Anspruchsberechtigten zu übernehmen. Es soll ein Konzept erstellt werden, welches die Gewinnung von Angeboten von Vergünstigungen, insbesondere auch die Prüfung von Mobilitätsangeboten für in Ausbildung befindliche Jugendliche, beinhaltet. Gleichzeitig soll der Neue Braunschweig Pass bei den Berechtigten bekannt gemacht werden. Eine Prüfung der Anspruchsberechtigung entfällt, da diese Vorlage bereits ausgestellter Nachweise geführt wird. Zum Berechtigtenkreis sollen gehören: Empfänger nach SGB II (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld), SGB XII, AsylbG, Wohngeldberechtigte, Grundsicherungsberechtigte sowie diejenigen Personen, die in einem Alten- und Pflegeheim oder in einer stationären Eingliederungseinrichtung wohnen und lediglich einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung nach dem 12. Gesetzbuch erhalten, Personen, die den Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (§ 6a BKGG) durch die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit erhalten sowie Personen, deren laufendes monatliches Einkommen max. 10 % über den Bedarfssätzen des SGB II bzw. SGB XII liegt und die keine Leistungen nach SGB II, WoGG und Kinderzuschlag nach § 6a BKGG erhalten (sog. Personenkreis der Geringverdiener).“

### **Begründung:**

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über die Handlungsempfehlungen gegen Kinder- und Familienarmut soll auch die Einführung eines neuen Braunschweig-Passes eingeleitet und der damit verbundene erhoffte positive Effekt insbesondere für den Personenkreis der Geringverdiener nutzbar gemacht werden.

### Ausschussempfehlung:

Die Verwaltung wird gebeten, möglichst bis zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses, die Aufwendungen für die Einführung eines neuen Braunschweig-Passes auch unter Berücksichtigung der Aspekte der finanzwirksamen Anträge Seite 22 und 23 darzustellen.

Ratsfrau Schütze erklärt, dass die SPD-Fraktion einen finanzwirksamen Antrag zur Haushaltslesung nachreichen werde, wenn bis dahin die Kosten von der Verwaltung ermittelt werden können.

Unter Einbeziehung der finanzwirksamen Anträge Seite 22 und 23

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
SoA vom 19.01.2012	7	0	4	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	<b>Der Antrag wurde zurückgezogen!</b>				

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 113 neu der Zusammenstellung

FB 50

Produkt 1.41.4140.50

### **Einrichtung eines les-bi-trans-Zentrums**

„Die Stadt unterstützt den Verein für sexuelle Emanzipation bei der Einrichtung eines les-bi-trans-Zentrums. Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit dem Verein ein Finanzierungskonzept zu erstellen und dem Rat über seine Ausschüsse vorzulegen.“

### **Begründung:**

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
SoA vom 19.01.2012	Der Antrag ist aufgrund des Abstimmungsergebnisses zu den finanzwirksamen Anträgen Seite 30 und 67 neu als gegenstandslos zu betrachten.				
FPA vom 14.02.2012	<b>Erledigt</b>				

**Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 114 neu der Zusammenstellung**

FB 50

Produkt 1.41.4140.50

**Konzept für eine niedrigschwellige Gesundheitsberatung-vor-Ort für alle Altersstufen der Präventionskette ausgerichtet am Stadtteilbedarf**

„Die Verwaltung erstellt ein Konzept für eine niedrigschwellige Gesundheitsberatung-vor-Ort für alle Altersstufen der Präventionskette, ausgerichtet am Stadtteilbedarf. Sie orientiert sich dabei an den Handlungsempfehlungen des Beirates des Präventionsnetzwerkes gegen Kinder- und Familienarmut.“

**Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
SoA vom 19.01.2012	<b>Der Antrag wurde zurückgezogen!</b>				

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 115 neu der Zusammenstellung

FB 66

### **Weitere Versorgung mit schnellem Breitband-Anschluss der unterversorgten Bereiche**

„Wir bitten die Verwaltung zu überprüfen, ob die noch unterversorgten Bereiche in Braunschweig ähnlich wie derzeit in Geitelde mit schnellerem Internet versorgt werden können. Dabei sollte zusammen mit der Telekom eine Glasfaser-Kabelverlegung und/oder einer LTE-Versorgung, wie sie aktuell flächendeckend in Schleswig-Holstein vorgenommen werden soll, untersucht werden.“

#### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA vom 17.01.2012	9	0	2	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	11	0	0	<b>X</b>	

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 116 neu der Zusammenstellung

FB 66

### **Alle Sackgassenschilder der Stadt mit Aufklebern des ADFC versehen statt auszutauschen**

„In der Stadt enthalten die meisten Sackgassenschilder keinen Hinweis auf die Durchlässigkeit für Fußgänger und Radfahrer. Der ADFC hat angeboten, diese Schilder mit zusätzlichen Aufklebern zu bestücken, die die Durchlässigkeit anzeigen. Das würde keine zusätzlichen Kosten verursachen. Wir bitten, diesen Zusatzaufkleber durch den ADFC aufbringen zu lassen. Ansonsten würde der Austausch der Schilder ggf. über 20.000 € kosten.“

#### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BA vom 17.01.2012	11	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	7	0	4	<b>X</b>	

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 117 neu der Zusammenstellung

FB 67  
Produkt

### **Sanierung von Spielplätzen in Braunschweig**

„Die Verwaltung wird beauftragt, dem Grünflächen- und dem Jugendhilfeausschuss eine Auflistung aller sanierungsbedürftigen Spielplätze vorzulegen.“

#### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
GA vom 10.01.2012	<b>Der Antrag wurde zurückgezogen!</b>				
JHA vom 12.01.2012	13	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	<b>Der Antrag wurde zurückgezogen!</b>				

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 118 neu der Zusammenstellung

StS. 0800

Produkt 1.57.5711.01

### **Standort der Tourist-Information**

„Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit der Braunschweig Stadtmarketing GmbH einen neuen Standort für die Tourist-Info zu suchen, der folgende Kriterien im Zusammenhang mit einem zu erstellenden Touristeninformationskonzept erfüllt:

# repräsentatives Ladenlokal als „Schaufenster“ der Stadt und der Region Braunschweig

# hohe Frequenz von auswärtigen Besuchern

# Barrierefreiheit

# Kurzparkmöglichkeit und Anbindung an den ÖPNV

# Ausreichend Lagerfläche“

### **Begründung:**

Der aktuelle Standort der Tourist-Information am Burgplatz ist in Bezug auf die Lage optimal. Aber: Er stößt jedoch seit langem räumlich an Grenzen, ist deutlich zu klein. Es gibt keine angemessenen Lagermöglichkeiten. Das Lokal ist nicht barrierefrei.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA vom 13.01.2012	9	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	11	0	0	<b>X</b>	

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 119 neu der Zusammenstellung

alle  
Produkt verschiedene

### **Zuschüsse an Einrichtungen, Vereine, Verbände usw.**

„Die Stadt Braunschweig sagt den Einrichtungen, Vereinen und Verbänden eine Regelung zu, die ihnen Planungssicherheit zumindest in der bisher gewährten Höhe für die nächsten 3 Jahre bietet, damit auch längerfristige Projekte und Aufgaben geplant werden können.“

### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA vom 12.01.2012	8	2	3	<b>X</b>	
SchA vom 13.01.2012	10	0	6	<b>X</b>	
PIUA vom 18.01.2012	11	0	0	<b>X</b>	
Afl vom 18.01.2012	7	4	0	<b>X</b>	
SoA vom 19.01.2012	5	0	6	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	7	4	0	<b>X</b>	

## Antrag der Die Linke-Fraktion auf Seite 134 neu der Zusammenstellung

StS. 0800  
Produkt 1.57.5711.01

### **Braunschweig wird Fairtrade-Town**

- „1. Bei allen Sitzungen des Rates, seiner Ausschüsse und \* ~~im Büro des Oberbürgermeisters~~ wird fair gehandelter Kaffee und ein weiteres fair gehandeltes Produkt verwendet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine lokale Steuerungsgruppe zu initiieren, die zum Ziel hat, die Kriterien zu erfüllen, damit Braunschweig den Titel Fairtrade-Town tragen kann.
3. Nach Abschluss dieses Prozesses ist dem Rat ein entsprechender Beschluss vorzulegen.

### **Begründung:**

Die Behandlung dieses Antrages soll im Wirtschaftsausschuss erfolgen.

### Ausschussempfehlung:

Änderung: \*.... in der Verwaltung

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA vom 13.01.2012	6	0	3	<b>X</b>	
FPA vom 14.02.2012	11	0	0	<b>X</b>	

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 140 neu der Zusammenstellung

FB 10  
FB 20  
Produkt

### **Schuldenbremse für Braunschweig - Grundsätzliches Verbot der Neuverschuldung**

„In die Hauptsatzung der Stadt Braunschweig wird ein grundsätzliches Verbot einer Neuverschuldung des städtischen Haushalts aufgenommen. Die Verwaltung wird gebeten, dazu dem Rat zu seiner Sitzung am 28. Februar 2012 unter Berücksichtigung der im Grundgesetz verankerten Voraussetzungen für eine Schuldenbremse (Artikel 109 und 115 GG) einen Formulierungsvorschlag zur Änderung der Hauptsatzung zur Beschlussfassung vorzulegen, der folgende Eckpunkte sinnentsprechend berücksichtigt.

Die Schulden des städtischen Haushalts werden weiterhin mit dem Ziel der völligen Entschuldung durch die Stadt reduziert. Die Aufnahme von Schulden zur Finanzierung von Ausgaben im städtischen Haushalt ist grundsätzlich ausgeschlossen und nur in absoluten Ausnahmefällen zulässig. Ausnahmefälle liegen vor, wenn Katastrophen oder gesamtwirtschaftliche und schwerwiegende konjunkturelle Einbrüche, eine Wirtschafts-, Finanz-, bzw. Bankenkrise oder Ähnliches die Aufnahme von Schulden zwingend notwendig machen, weil sonst die Handlungsfähigkeit der Stadt bedroht ist. Der Ausnahmefall ist von zwei Dritteln der Mitglieder des Rates festzustellen und gilt bis zum Ende des betreffenden Haushaltsjahres. Die Aufnahme von Schulden ist in diesem Fall auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Eine Tilgungsregelung ist vorzusehen.“

#### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 14.02.2012	4	7	0		<b>X</b>

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 140 neu (neu) der Zusammenstellung

FB 10  
FB 20  
Produkt

### **Schuldenbremse für Braunschweig - Grundsätzliches Verbot der Neuverschuldung**

„In die Hauptsatzung der Stadt Braunschweig wird ein grundsätzliches Verbot einer Neuverschuldung des städtischen Haushalts aufgenommen. Die Verwaltung wird gebeten, dazu dem Rat zu seiner Sitzung am **20. März 2012** unter Berücksichtigung der im Grundgesetz verankerten Voraussetzungen für eine Schuldenbremse (Artikel 109 und 115 GG) **einen Änderungsentwurf** der Hauptsatzung zur Beschlussfassung vorzulegen, der folgende Eckpunkte sinnentsprechend berücksichtigt.

Die Schulden des städtischen Haushalts werden weiterhin mit dem Ziel der völligen Entschuldung durch die Stadt reduziert. Die Aufnahme von Schulden zur Finanzierung von Ausgaben im städtischen Haushalt ist grundsätzlich ausgeschlossen und nur in absoluten Ausnahmefällen zulässig. Ausnahmefälle liegen vor, wenn Katastrophen oder gesamtwirtschaftliche und schwerwiegende konjunkturelle Einbrüche, eine Wirtschafts-, Finanz-, bzw. Bankenkrise oder Ähnliches die Aufnahme von Schulden zwingend notwendig machen, weil sonst die Handlungsfähigkeit der Stadt bedroht ist. Der Ausnahmefall ist von zwei Dritteln der Mitglieder des Rates festzustellen und gilt bis zum Ende des betreffenden Haushaltsjahres. Die Aufnahme von Schulden ist in diesem Fall auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Eine Tilgungsregelung ist vorzusehen.“

#### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 14.02.2012	4	7	0		<b>X</b>

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 141 neu der Zusammenstellung

FB 10  
StS. 0800  
Produkt

### **Änderung der Hauptsatzung - Kompetenzverlagerung auf den Wirtschaftsausschuss**

„§ 6 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig (Beschließende Ausschüsse) wird unter Ziffer 9 (Verlagerung von Beschlusskompetenzen auf den Wirtschaftsausschuss) wie folgt ergänzt (siehe Fettdruck):

9. Auf den Wirtschaftsausschuss:

Beschlüsse über die Gewährung von Zuwendungen gemäß der KMU-Richtlinie der Stadt Braunschweig zur Förderung von Investitionen in Unternehmen **sowie Zuwendungen aus dem Baustellen- und dem Existenzgründerfonds.**“

#### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 14.02.2012	11	0	0	<b>X</b>	

(Antragseingang nach Haushaltsberatung im WA)

## Antrag der BIBS-Fraktion auf Seite 143 neu der Zusammenstellung

FB 61  
Produkt

### **Aufstellung eines Biodiversitäts- und Naturschutzentwicklungsplanes**

„Die Stadt stellt einen Biodiversitäts- und Naturschutzentwicklungsplan auf.“

#### **Begründung:**

In Braunschweig sind die Naturschutz- und Biodiversitätsentwicklung sowie die dazugehörige Planung in den letzten 10 Jahren sehr stark ins Hintertreffen geraten. Der entsprechenden Fachbehörde mangelt es zunehmend an Fachkräften mit vertieften zoologischen und/oder botanischen Kenntnissen und Einsicht in ökologische Gesamtzusammenhänge. Das Artenschutzkonzept der Stadt Braunschweig (2008) weist selbst für viele als bedeutsam eingestufte Flächen eine „eingeschränkte Kenntnis von Flora und Fauna“ auf.

Während Hannover gerade zur „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ ([http://www.duh.de/biodiv\\_kommune.html](http://www.duh.de/biodiv_kommune.html)) ernannt wurde und zu den nur fünf europäischen „Capitals of Biodiversity“ (<http://www.capital-biodiversity.eu>) gehört, ist der ehemalige Vorreiter Braunschweig in Sachen Naturschutz und Biodiversitätsförderung zu einer Diaspora geworden. Dies zeigt auch der Entwurf des „Programm- und Handlungsrahmen 2011 bis 2014 für die Stadt Braunschweig“ - die Förderung von Biodiversität und Naturschutz spielen in diesem Entwurf keine Rolle.

Wir halten es daher für dringend erforderlich eine Biodiversitäts- und Naturschutzentwicklungsplanung zu beginnen, in der sich die Stadt in den Bereichen Naturschutz- und Biodiversitätsförderung Nah- und Fernziele setzt sowie Konzepte und Handlungsrahmen erarbeitet sowie Wege aufzeigt, Naturschutz und Biodiversitätsförderung in Braunschweig nachhaltig zu stärken.

Eine Biodiversitätsentwicklung zielt nicht nur auf Population gesetzlich geschützten Arten ab, sondern beinhaltet die Förderung der Vielfalt sowie die Sicherung von Ökosystemfunktionen auf breiter Basis.

Der Biodiversitäts- und Naturschutzentwicklungsplan an sich verursacht zunächst einmal keine zusätzlichen Kosten, selbstverständlich aber (wie in jedem anderen Haushaltsbereich auch) die Umsetzung konzeptioneller Maßnahmen nach Zustimmung der entsprechenden politischen Gremien. Während in anderen Bereichen Pläne und Konzepte wie Schulentwicklungsplan, Sportentwicklungsplan, Luftreinhalteplan und Klimaschutzkonzept existieren oder eingeführt werden, ist ein Entwicklungsplan auch für den Bereich Biodiversität und Naturschutz vorzusehen.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 18.01.2012	<b>Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.</b>				
FPA vom 14.02.2012	2	7	1		<b>X</b>

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 146 neu der Zusammenstellung

FB 67  
Produkt 4E.67neu

### **Fortschreibung Waberenaturierung**

„Die Planungen zur weiteren Renaturierung der Wabe (Bereich südlich der B1 bis zur Stadtgrenze) als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme werden aus laufenden Mitteln der Verwaltung fortgeführt. Es soll erreicht werden, dass im Jahre 2013 mit der baulichen Umsetzung der Renaturierungsmaßnahmen entsprechend der Beschlüsse zu den Bebauungsplänen WA70 (Waggum) und BI39 (Bienrode) begonnen werden kann.

Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten für die Folgejahre die Planungen sowie einen Kostenplan vorzustellen.“

### **Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 14.02.2012	10	0	0	<b>X</b>	

(Antragseingang nach Haushaltsberatung im Grünflächenausschuss)

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Seite 149 neu der Zusammenstellung**

Teilhaushalt Allgem. Finanzwirtschaft  
Produkt 1.61.6110.01

**Änderungsantrag Kulturförderabgabe**

„Unter der Voraussetzung, dass eine Kulturförderabgabe vom Bundesverwaltungsgericht als rechtmäßig anerkannt wird und es bis zu diesem Zeitpunkt zu keiner Rücknahme der einseitigen Entlastung der Hoteliers - und Belastung der Stadt Braunschweig - bei der Umsatzsteuer gekommen ist, wird die Verwaltung gebeten, dem Rat eine Vorlage über die im Hauptantrag näher beschriebene Kulturförderabgabe zuzuleiten.“

**Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 14.02.2012	7	4	0	<b>X</b>	

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Seite 150 neu der Zusammenstellung**

FB 50  
Produkt 1.31.3156.xx

**60 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze nach SGB II**

„Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat eine Vorlage, nach der Neuordnung des § 16e SGB II, zuzustellen, die eine Beschäftigung von 60 Langzeitarbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen zum Ziel hat. Je ein Drittel der Erwerbslosen soll beim Beschäftigungsbetrieb, beim Projekt Schubica und geeigneten freien Trägern beschäftigt werden.“

**Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 14.02.2012	7	0	4	<b>X</b>	

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 156 neu der Zusammenstellung

Ref. 0500  
Produkt 1.31.3119.40

### **Interkulturelle Kompetenzentwicklung**

„Nach dem Ende des erfolgreichen Projektes Interkulturelle Kompetenzentwicklung in der öffentlichen Verwaltung der Stadt Braunschweig „iko - offen für Vielfalt“ im Juni 2012 wird die Verwaltung aufgefordert, die Vermittlung interkultureller Kompetenz als festen Bestandteil der Personalentwicklung zu betrachten und als ständiges Element in die aus- und berufsbezogene Fort- und Weiterbildung zu implementieren.“

### **Begründung:**

In einer Erklärung des Bundes zum National Aktionsplan heißt es: „Die Integration von Zuwanderern ist keine vorübergehende Sonderaufgabe, die mit zeitlich befristeten Projekten gelöst werden kann. Vielmehr ist Integration eine Daueraufgabe, die nachhaltig und strukturell angegangen werden muss.“ Daher legt die Bundesregierung im Nationalen Aktionsplan Integration einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Strukturänderung. Eine Maßnahme ist, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und damit die interkulturelle Öffnung der Verwaltung voranzubringen. In diesem Projekt werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für kulturelle Unterschiede sensibilisiert und eine „Willkommenskultur“ in der Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten entwickelt. Braunschweig ist sicherlich auf dem richtigen Weg.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 14.02.2012	11	0	0	<b>X</b>	

## Finanzunwirksamer Antrag des Stadtbezirksrates 310

Teilhaushalt: FB 10  
Produkt: 1.11.1153.03  
Org.-Einheit: FB 01, FB 10

### **Ausbau eines Stadtbezirksportals im Informationssystem der Stadt Braunschweig**

" Im Informationssystem sind alle relevanten Haushaltsdaten für den Bezirk sowie Zuschusslisten, Haushaltslisten, Investitionsprogramme und der "Der Teilhaushalt der Sozialen Stadt" zusammenzufassen und einzustellen."

#### Ausschussempfehlung:

Der Finanz- und Personalausschuss möchte, dass dieser Antrag als Anregung an die Verwaltung gesehen wird. Es soll eine wirkliche Transparenz insbesondere in Bezug auf die Zuschusslisten hergestellt werden.

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 14.02.2012	<b>Der Antrag wurde zurückgezogen!</b>				

## Finanzunwirksamer Antrag des Stadtbezirksrates 310

Teilhaushalt: FB 61  
Projekt: 4S.610019  
Org.-Einheit: Ref. 0500, FB 61

### **Modellprojekte der Sozialen Stadt**

"Im Bereich der Sozialen Stadt werden derzeit vier nichtinvestive Modellprojekte durchgeführt. Die Modellprojekte laufen Mitte 2012 aus. Die Verwaltung wird gebeten und sollte bis Mai 2012 darstellen und berichten, wie die Finanzierung nach Ablauf 2012 und darüber hinaus gesichert werden kann."

#### Ausschussempfehlung:

Im Finanz- und Personalausschuss wird zum Beschlussvorschlag ergänzt, dass auch dargestellt und berichtet werden soll, **ob** die Finanzierung sichergestellt werden kann.

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 18.01.2012	<b>Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.</b>				
FPA vom 14.02.2012	11	0	0	<b>X</b>	

## Finanzunwirksamer Antrag des Stadtbezirksrates 321

Teilhaushalt: FB 50  
Produkt: 1.31.3151.20

### **Einrichtung des Forum „Älter werden im Stadtbezirk Lehndorf-Watenbüttel“**

„Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel zur Einrichtung, im Jahre 2012 und Betreuung in den Folgejahren, des Forums „Älter werden im Stadtbezirk Lehndorf-Watenbüttel“ zu ermitteln und in die Haushalte der folgenden Jahre einzustellen (siehe auch Liste „Finanzhaushalt - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte“).

#### Ausschussempfehlung:

Der Antrag wurde auf Wunsch des Finanz- und Personalausschusses zum finanzunwirksamen Antrag umgewidmet.

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 14.02.2012	<b>Ohne Beschlussvorschlag passieren lassen.</b>				